

# Neue Studie: Politik soll auf Lebensqualität fokussieren

«Wirtschaftswachstum – Trilemma zwischen Wachstum, Umwelt und Lebensqualität» – so lautet der Titel der neuesten Studie der Stiftung Zukunft.li. Präsentiert wurde diese gestern im Ruggeller «Kommod» von Stiftungsratspräsident und Ökonom Peter Eisenhut sowie Zukunft.li-Geschäftsführer Thomas Lorenz. Die neu erschienene Publikation wurde von der Geschäftsstelle der Stiftung Zukunft.li verfasst – die wissenschaftlichen Grundlagen dafür lieferte das Zürcher Forschungs- und Beratungsunternehmen Infrac. Inhaltlich widmet sich die Studie diversen Aspekten des Wirtschaftswachstums, analysiert Wachstum im internationalen Kontext, beleuchtet relevante Wachstumsquellen, zeigt verschiedene Wachstumskonzepte auf und legt den Fokus verschiedentlich auf Liechtenstein.

## Teils überraschende Studienergebnisse

Die Studienergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Das Wachstumspotenzial Liechtensteins sinkt – u. a. aufgrund des zu erwartenden bescheidenen Produktivitätswachstums und demografischer Stagnation der Altersgruppe der Erwerbstätigen. Zur Steigerung des Potenzials kann gemäss Studie eine

Erhöhung der Erwerbstätigenquote, der Anzahl Grenzgänger und der erwerbstätigen Frauen beitragen. Ein weiteres Ergebnis ist die Feststellung, dass Wachstum, Umwelt und Lebensqualität in teils harmonischem, teils konkurrierendem Verhältnis zueinanderstehen. Daher könne im gegenseitigen Abwägen kein Optimum erzielt werden, was etwa eine rasche Entkopplung zwischen CO<sub>2</sub>-Ausstoss und BIP-Wachstum auf globaler Ebene bedeute. Weiter wird an die heimische Wirtschaftspolitik lediglich die Note «gut» vergeben: Sie sei in der Vergangenheit im Verkehrs- und Raumplanungsbereich zu wenig erfolgreich gewesen. In puncto «Optimales Wachstum» kommt die Studie zum Schluss, dass sich die Wirtschaftspolitik in Liechtenstein primär an einer Steigerung der Lebensqualität und einer intakten Umwelt ausrichten soll. Weiter soll sich die liechtensteinische Klimapolitik an Effizienz, Effektivität und Kostenvorliebe orientieren. Und: Der Verfassungsauftrag «Wohlfahrt» soll gezielt umgesetzt werden.

Die Verantwortlichen der Stiftung Zukunft.li nahmen gestern in Ruggell ausführlich Stellung zur Studie. Thomas Lo-

renz zeigte auf, dass für ein kleines Land wie Liechtenstein für die Wohlstandsmessung nicht primär das Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern vielmehr das Bruttonationaleinkommen (BNE) ausschlaggebend sei. «Hier stellen wir fest, dass das BNE in Liechtenstein etwa doppelt so hoch ist wie in der Schweiz», so Lorenz. Indes könne sich das BIP vorwiegend aufgrund zweier Dynamiken ändern – einerseits aufgrund der Produktivität, andererseits aufgrund der geleisteten Arbeitsstunden. Eine Steigerung der Arbeitsstunden könne erzielt werden, wenn die bereits Erwerbstätigen mehr Arbeitsstun-

den leisteten oder wenn mehr Menschen in Beschäftigung seien – bezogen auf Liechtenstein könne dies durch eine Erhöhung der Anzahl der Zupendler oder durch eine höhere Erwerbsquote der inländischen Bevölkerung erfolgen, so Lorenz, der in diesem Zusammenhang auf die im internationalen Vergleich tiefe Frauenerwerbsquote in Liechtenstein einging: Erwerbsquote und Beschäftigungsgrad von Frauen seien wichtige Aspekte für das künftige Wachstumspotenzial Liechtensteins.

Peter Eisenhut betonte, um die Armut in der Welt zu bekämpfen, sei auf globaler Ebene wirtschaftliches Wachstum un-

abdingbar. Im Gegensatz dazu führe ein Anstieg der Einkommen in einem Land wie Liechtenstein kaum noch zu höherer Zufriedenheit. ««Wirtschaftswachstum Ja oder Nein?» ist in diesem Zusammenhang die falsche Frage. Wenn Wachstum nicht mehr dazu beiträgt, die Lebensqualität zu steigern, wird es unökonomisch», stellte Eisenhut fest. Daher solle in Liechtenstein Wirtschaftswachstum als solches kein explizites politisches Ziel mehr sein. «Vielmehr sollte die Politik sich auf die Bereiche der Lebensqualität fokussieren, die verbessert werden können», so Eisenhut. Mit dem vorhandenen Indikatorensystem für eine nachhaltige Entwicklung bestehe bereits ein Instrument, das genutzt werden könne, um Lebensqualität als eigenständiges politisches Ziel zu definieren. «Entsprechend sollte es Priorität in der politischen Agenda erhalten», so Eisenhut. Daraus resultiere ein «optimales Wachstum», nicht zu viel und nicht zu wenig und abgestützt auf die Präferenzen der Bevölkerung.

## Klima: Auf maximalen Auslandsanteil verzichten

Das Wirtschaftswachstum wesentlich beeinflussen werde in

den kommenden Jahren die Klimapolitik, wie Peter Eisenhut weiter darlegte. Da es sich etwa bei CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein globales Problem handle, lasse es sich nicht durch isolierte nationale Massnahmen lösen.

Um die Klimaziele zu erreichen, sei eine rasche Entkopplung zwischen CO<sub>2</sub>-Ausstoss und BIP-Wachstum auf globaler Ebene unabdingbar. Auch wenn der Beitrag Liechtensteins diesbezüglich nur minimal ausfallen könne, verlange eine liberale Haltung Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns. «Die Definition eines maximalen Auslandsanteils von 10 Prozent am gesamten Reduktionsziel von 50 Prozent bis 2030, wie ihn der aktuelle Vorschlag für die liechtensteinische Klimastrategie vorsieht, schränkt die Effizienz der eingesetzten Mittel allerdings unnötig ein», bemängelte Eisenhut. Der Stiftungsratspräsident plädierte daher dafür, auf einen maximalen Auslandsanteil zu verzichten. Nur so könne Liechtenstein seine Massnahmen dort ansetzen, wo jeder investierte Franken am meisten für den Schutz des Klimas beitrage.

Dunja Goop



Präsentierten die Studie: Stiftungsratspräsident und Ökonom Peter Eisenhut sowie Zukunft.li-Geschäftsführer Thomas Lorenz. Bild: NV